

Auf einen Blick

- Das weltwirtschaftliche Umfeld außerhalb des Euroraums stellt sich im Prognosezeitraum als relativ stabil dar. Dagegen verharrt der Euroraum vorerst in der Rezession. Die Fiskalpolitik im Euroraum außerhalb Deutschlands bleibt restriktiv, wenngleich es auch zu einer Mäßigung der Austeritätspolitik in vielen Ländern kommt. Gleichwohl bleibt die damit verbundene Belastung der Inlandsnachfrage hoch. Vor diesem Hintergrund wird das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum insgesamt im Durchschnitt dieses Jahres um 0,9 % schrumpfen und im Jahr 2014 um 0,1 % leicht zunehmen.
- Die Konjunktur in Deutschland befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen dem Sog nach unten aus den Krisenländern und einem stabilen weltwirtschaftlichen Umfeld. Für den Prognosezeitraum ist mit einer insgesamt nahezu stagnierenden Konjunktur zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2013 steigt das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 % und im Jahr 2014 um 0,8 %. Die Arbeitslosenquote liegt 2014 im Jahresdurchschnitt bei 7,0 %, nach 6,9 % im Jahr 2013.

Deutschland stagniert

Prognose-Update:
Deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2013

Alexander Herzog-Stein, Peter Hohlfeld, Gustav Horn,
Fabian Lindner, Ansgar Rannenberg, Katja Rietzler,
Sabine Stephan, Silke Tober

Euroraum fällt weiter zurück

Die Weltwirtschaft außerhalb des Euroraums setzte zu Jahresbeginn ihre moderate Expansion im Großen und Ganzen fort. In den BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China war das Expansionstempo dabei mit Ausnahme einer gewissen Verlangsamung in Russland im Wesentlichen unverändert. In den USA (0,6 % im 1. Quartal nach 0,1 %) und Japan (1,0 %, nach 0,3 %) hat die Konjunktur dagegen erheblich an Fahrt gewonnen. Maßgeblich für die Wachstumsbeschleunigung war in beiden Ländern der private Konsum. In den USA spielte daneben der Lageraufbau eine Rolle, während in Japan, befeuert durch die Abwertung des Yen, der Außenhandel seinen Wachstumsbeitrag erhöhte. Die Staatsnachfrage stützte in Japan in unverändertem Ausmaß die Expansion, in den USA dämpfte sie hingegen weiterhin erheblich.

Im Euroraum außerhalb Deutschlands war die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal zum siebten Mal in Folge rückläufig, wenngleich mit nachlassendem Tempo (-0,3 % nach -0,6 %). Maßgeblich für die Schrumpfung war ein weiterer Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen, den ein erneut positiver Außenbeitrag nur teilweise ausgleichen konnte. Regional betrachtet war für den Rückgang des EWU-BIP die abwärts gerichtete Dynamik in Italien, Spanien, Frankreich maßgeblich. Außerdem befinden sich nach wie vor Portugal, Irland, die Niederlande und – seit dem Herbst letzten Jahres – auch Österreich und Finnland in der Rezession. Die Rezession breitet sich also aus.

Im weiteren Jahresverlauf dürften sowohl die wichtigsten Schwellenländer als auch die japanische Wirtschaft ihr bisheriges Expansionstempo etwas beschleunigen, gestützt durch die insgesamt expansiv ausgerichtete Geld- und Fiskalpolitik. So hat die japanische Regierung umfangreiche Maßnah-

Videostatement:

Peter Hohlfeld
zur Konjunktur

<http://bit.ly/11L3wQU>



TABELLE 1

Entwicklung des realen Bruttoinlands-
produkts wichtiger Handelspartner
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2012	2013	2014
Euroraum	-0,6	-0,9	0,1
MOEL ¹	0,8	0,7	1,8
USA	2,2	2,0	2,7
Japan	1,9	1,4	2,0
China	7,8	7,6	8,3
Indien	5,1	5,3	7,3
Russland	3,4	1,9	4,4
Brasilien	0,9	2,8	4,5

¹ Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Litauen, Lettland.

Quellen: Eurostat, IWF; OECD; Macrobond;
ab 2013 Prognose des IMK.



men zum Erhalt der Infrastruktur und zur Ankurbelung privater Investitionen auf den Weg gebracht, während die Notenbank eine Verdoppelung der Geldbasis beschlossen hat, um innerhalb von zwei Jahren ihr neues Inflationsziel von 2 % zu erreichen (Tabelle 1).

Die USA befinden sich auf einem konjunkturellen Erholungskurs. Dieser wird vor allem von den privaten Haushalten getragen, die ihren Konsum stark ausgeweitet haben. Auch der private Wohnungsbau hat sich wieder erholt. Er ist traditionell ein Vorläufer der US-Konjunktur. Die privaten Haushalte haben in den vergangenen Jahren einen Teil ihrer Schulden abgetragen und können damit wieder größere Teile ihrer Einkommen für Ausgaben verwenden. Die Arbeitslosigkeit ist mit 7,6 % im Mai weiterhin auf einem hohen Niveau.

Die Fiskalpolitik hat in den letzten Quartalen durch Ausgabenkürzungen das Wachstum stark gebremst. Die restriktive Fiskalpolitik dürfte sich mit der automatischen Kürzung von Ausgaben und der Erhöhung von Steuern, die am 1. März 2013 eingetreten sind (Sequester), im Prognosezeitraum verstärkt fortsetzen. Die Geldpolitik ist weiterhin sehr expansiv und dürfte bis Mitte 2014 auf diesem expansiven Kurs bleiben, da die Arbeitslosigkeit – deren Senkung ein zentrales Ziel der Geldpolitik ist – nur langsam sinkt. Insgesamt ist vor allem wegen der restriktiven Fiskalpolitik 2013 nur mit einem Wachstum von 2 % zu rechnen, 2014 mit 2,7 %.

Im Euroraum außerhalb Deutschlands wird dagegen die Austeritätspolitik auch im weiteren Jahresverlauf ihren Tribut in Form eines erneuten Rückgangs der Wirtschaftsleistung fordern, insbesondere in den Ländern der Peripherie. So liegt der Markt Einkaufsmanagerindex weiterhin deutlich

unter der Expansionsschwelle. Die Stimmung von Haushalten und Unternehmen ist laut den Indikatoren der EU-Kommission im historischen Vergleich sehr schlecht und hat sich alles in allem nur leicht gegenüber ihrem Tiefpunkt Ende 2012 verbessert. Erst im Verlauf des Jahres 2014 wird die Wirtschaft der EWU nicht mehr schrumpfen. Dies ist das Ergebnis der zu erwartenden Verlangsamung des Konsolidierungstempos, die insbesondere den Krisenländern zugute kommt. So hat die EU-Kommission Italien aus dem Defizitverfahren entlassen, und einer Reihe von Ländern – darunter Spanien, Frankreich, Portugal sowie den Niederlanden – eine Verlängerung der Frist zur Rückführung des Defizits unter die 3 %-Grenze gewährt.

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass sich die kritische Lage im Euroraum, die sich insbesondere infolge der Ankündigung unbegrenzter, wenn auch bedingter, Interventionen am Markt für Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) im September 2012 stabilisiert hat, nicht erneut verschärft. Vor diesem Hintergrund werden die monetären Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft im Prognosezeitraum nahezu unverändert expansiv bleiben.

Vom Außenwert des Euro gehen im kommenden Jahr leicht expansive Wirkungen aus, nach stärker dämpfenden in diesem Jahr (Tabelle 2). Die deut-

TABELLE 2

Rahmendaten der Prognose
Jahresdurchschnittswerte

	2012	2013	2014
Dreimonats-Euribor (%)	0,6	0,2	0,1
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (Euroraum) (%) ¹	3,9	2,8	2,7
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (USA) (%)	1,8	2,0	2,5
Wechselkurs (USD/EUR)	1,29	1,31	1,30
Realer effektiver Wechselkurs des Euro (gegenüber 40 Ländern) ²	92,9	94,5	94,1
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (gegenüber 56 Ländern) ²	88,8	89,7	89,4
Tarifindex (Bundesbank, je Stunde) (% gg. Vorjahr)	2,6	2,7	2,7
Ölpreis (Brent, USD)	112	105	109

¹ Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Österreich, Finnland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland; BIP-gewichtet.

² Sinkende Werte des Indikators bedeuten eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Quellen: Deutsche Bundesbank; EZB; EIA; Federal Reserve; ab 2013 Prognose des IMK.



sche Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um 1 % an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, gemessen an den Verbraucherpreisen, einbüßen, während sie 2012 um 3,2 % an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen hatte. Die anhaltende Rezession im Euroraum und die weiter schwelende Krise an den Finanzmärkten des Euroraums werden den Wechselkurs annähernd auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren. Die US-amerikanische Fed hat ein Auslaufen ihrer Lockerungsmaßnahmen angekündigt. Dies hat zu Einbrüchen an den Finanzmärkten geführt. Hier wird nicht davon ausgegangen, dass dies nachhaltige konjunkturelle Folgen hat, da die Zentralbank das Auslaufen unter den Vorbehalt einer gefestigten Erholung gestellt hat. In diesem Fall kann die amerikanische Wirtschaft eine niedrigere Liquiditätszufuhr durch die Fed verkraften.

Die Europäische Zentralbank dürfte ihre Maßnahmen der quantitativen Lockerung aufrechterhalten, aber nicht nennenswert ausweiten. Damit liegt das Niveau der Kurzfristzinsen 2013 und 2014 nahe Null. Anders als in den übrigen Ländern des Euroraums sind die Risikoprämien auf Staatsanleihen Deutschlands sehr niedrig und damit auch die Kapitalmarktzinsen insgesamt. Auch die Aktienkurse und eine leichte Lockerung der Kreditvergabestandards tragen zu den günstigen Finanzierungsbedingungen in Deutschland bei. Die Finanzpolitik in Deutschland wirkt im Prognosezeitraum insgesamt leicht expansiv.

Gedämpfte Konjunkturaussichten

Die deutsche Konjunktur, die zum Jahresende 2012 einen deutlichen Produktionsrückgang verzeichnete, stagnierte in den ersten Monaten dieses Jahres. Stützend wirkten die privaten Konsumausgaben. Hingegen war die Investitionstätigkeit der Unternehmen erneut rückläufig. Vom Außenhandel kam per saldo nur ein geringer positiver Impuls. Die Ausfuhren sanken infolge der schwachen Weltkonjunktur, insbesondere der andauernden Rezession im Euroraum, abermals kräftig. Die Einfuhren gingen noch stärker zurück. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug saisonbereinigt nur 0,1 %. Allerdings dürfte die konjunkturelle Dynamik unterzeichnet sein, da die Bauinvestitionen durch einen starken Sondereffekt geprägt sind. Die Bauwirtschaft wurde infolge der extremen Witterungsverhältnisse in den ersten Monaten dieses Jahres erheblich beeinträchtigt. Viele Baumaßnahmen werden daher erst verzögert fortgesetzt.

Damit wird das Wachstum im Sommerhalbjahr stark durch den witterungsbedingten Nachhol-effekt bei den Bauinvestitionen gekennzeichnet

sein. Die gesamtwirtschaftliche Produktion steigt saisonbereinigt in beiden Quartalen um jeweils 0,5 bis 0,6 %. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte das Wachstum im Wesentlichen wieder die konjunkturelle Grundtendenz widerspiegeln, die kaum mehr als eine Stagnation ist. Die Auftriebskräfte verlagern sich mehr und mehr Richtung inländische Verwendung. Motor der Entwicklung dürften die privaten Konsumausgaben bei weiter steigenden verfügbaren Einkommen und robustem Arbeitsmarkt sein. Auch die Investitionstätigkeit dürfte etwas ausgeweitet werden. Die Behebung der Flutschäden dürfte aufgrund der räumlichen Begrenztheit und der zeitlichen Verteilung nur geringe gesamtwirtschaftliche Effekte haben und für den Konjunkturverlauf im Prognosezeitraum ohne nennenswerte Bedeutung sein. Die Zunahme der Exporte wird infolge der schwachen Dynamik der Weltkonjunktur und der nach wie vor anhaltenden Rezession in vielen Ländern des Euroraums nur verhalten ausfallen. Da der Anstieg der Importe stärker ausfällt, wird vom Außenhandel insgesamt ein negativer Wachstumsbeitrag ausgehen.

Im Jahresdurchschnitt 2013 wird die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts nur 0,3 % betragen, im Jahresverlauf allerdings noch 1,3 %. Das IMK senkt somit, gegenüber März dieses Jahres, seine Prognose um 0,6 Prozentpunkte. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wird im Jahresdurchschnitt 2014 0,8 % betragen, im Verlauf des Jahres allerdings nur noch 0,6 %. Damit senkt das IMK seine Prognose auch für das kommende Jahr deutlich (0,7 Prozentpunkte) (Abbildung 1, Tabelle 3). Deutschland kann sich der Rezession im Euroraum auf Dauer nicht entziehen.

TABELLE 3

Statistische Komponenten des BIP-Wachstums

in % bzw. Prozentpunkten

	2012	2013	2014
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹	0,2	-0,4	0,5
Jahresverlaufsrate ²	0,3	1,3	0,6
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	0,9	0,4	0,8
Kalendereffekt ³	-0,2	-0,1	0,0
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate	0,7	0,3	0,8

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum arbeitstäglich bereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.

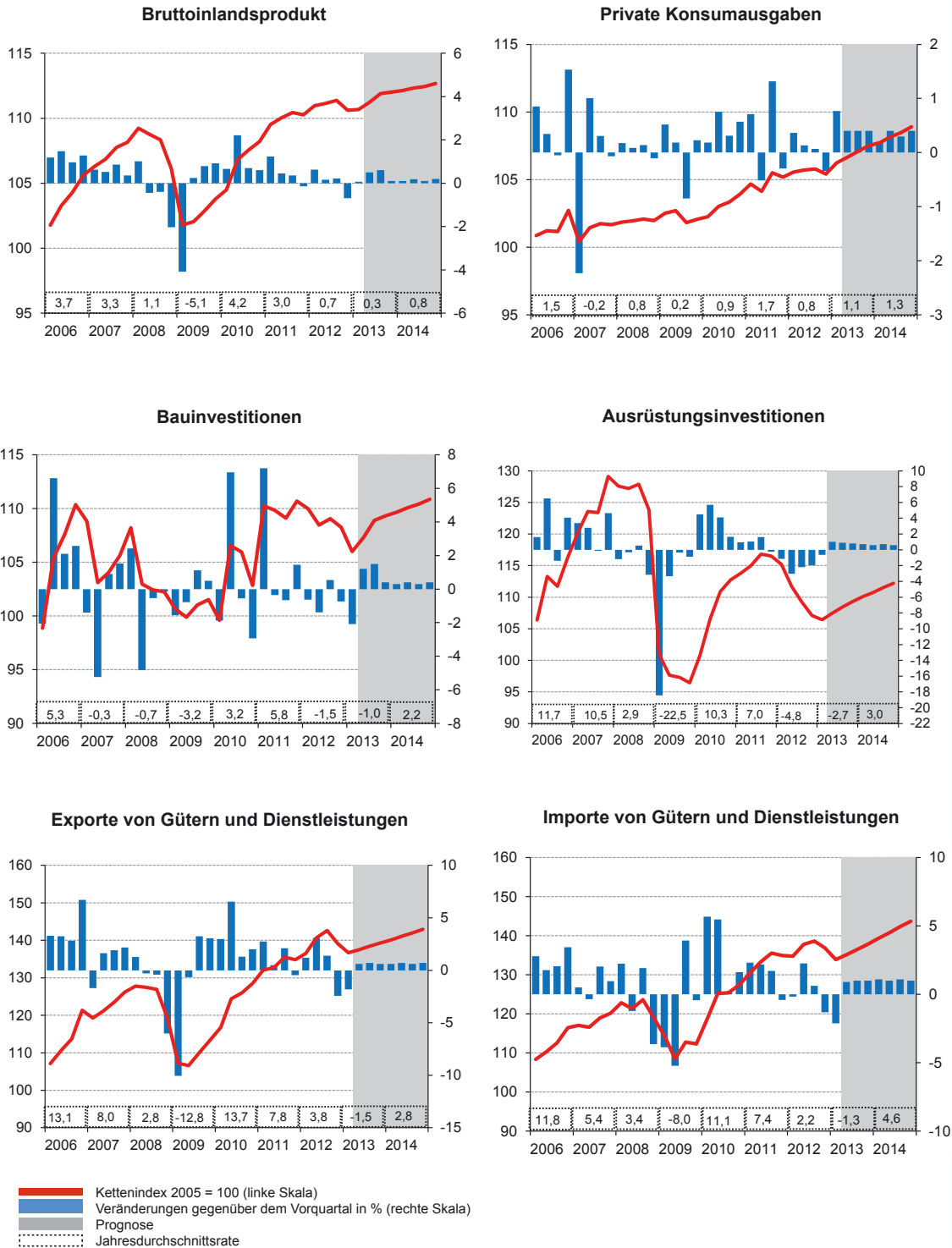
² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, arbeitstäglich bereinigt.

³ in % des BIP.

Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK, ab 2013 Prognose des IMK.

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Saison- und kalenderbereinigte Verläufe



Die Risiken dieser Prognose sind überwiegend abwärtsgerichtet. Maßgebliche Grundlage für diese Prognose ist die allmähliche Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in den Krisenländern des Euroraums. Dafür spricht nicht zuletzt eine angekündigte Mäßigung der Austeritätspolitik in vielen Ländern. Sollte die Stabilisierung allerdings nicht eintreten, dürfte dies einen weiteren gravierenden Vertrauensverlust zur Folge haben, mit erheblichen Konsequenzen nicht zuletzt auf das Investitionsverhalten der Unternehmen. Ein weiteres Risiko besteht in einer Abkühlung der Weltwirtschaft, insbesondere in wichtigen Schwellenländern wie z. B. China, wo sich ein Kurswechsel der bislang expansiv ausgerichteten Geldpolitik andeutet.

Außenhandel dämpft das Wachstum

Die schwache Weltkonjunktur, insbesondere die anhaltende Rezession im Euroraum, hatte zur Folge, dass die Exporte im Winterhalbjahr spürbar rückläufig waren. Die Ausfuhren sanken im ersten Quartal dieses Jahres saisonbereinigt um 1,8 %, nachdem sie bereits am Ende des Vorjahres um 2,4 % zurückgegangen waren. Besonders stark war der Rückgang der Exporte in die Vereinigten Staaten von Amerika. Die außergewöhnlich gute Entwicklung der Exporte in die USA im vergangenen Jahr hat sich damit als nicht nachhaltig erwiesen. Auch die Ausfuhren nach China sowie in andere südostasiatische Schwellenländer nahmen spürbar ab. Ebenfalls verzeichneten die Ausfuhren in die OPEC-Länder einen deutlichen Rückgang. Die Lieferungen in die Länder des Euroraums sanken verhalten, allerdings war der Rückgang der Exporte in die südlichen Krisenländer sehr ausgeprägt. Mit den nachlassenden Lieferungen in den Rest der Welt konnten damit die negativen Tendenzen aus dem Euroraum nicht mehr kompensiert werden (Abbildung 2).

Im zweiten Quartal dürfte es zu einer Stabilisierung der Ausfuhren kommen, der nominale Aprilwert ist etwas gestiegen. Auch haben die Auftrags-eingänge aus dem Ausland, insbesondere die der Investitionsgüter, in den letzten Monaten in der Tendenz etwas zugenommen, und die Exporterwartungen der Unternehmen entwickeln sich verhalten optimistisch.

Im Verlauf des weiteren Prognosezeitraums werden die Ausfuhren leicht zunehmen. Zwar wird sich die Erholung der Weltkonjunktur insgesamt im Prognosezeitraum leicht beschleunigen, aber die Nachfragestruktur vieler Länder dürfte sich dabei weniger als bislang auf Investitionsgüter konzentrieren, die bei den deutschen Exportunternehmen

TABELLE 4				
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland				
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
	2011	2012	2013	2014
Verwendung¹				
Private Konsumausgaben ²	1,7	0,8	1,1	1,3
Staatskonsum	1,0	1,2	1,1	1,3
Ausrüstungsinvestitionen	7,0	-4,8	-2,7	3,0
Bauinvestitionen	5,8	-1,5	-1,0	2,2
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	3,1	1,8	3,0
Exporte	7,8	3,8	-1,5	2,8
Importe	7,4	2,2	-1,3	4,6
Bruttoinlandsprodukt	3,0	0,7	0,3	0,8
Preise				
Bruttoinlandsprodukt	0,8	1,3	1,8	1,5
Konsumausgaben ²	2,1	1,7	1,3	1,3
Importe	5,2	1,7	-0,3	0,5
Nachrichtlich:				
Verbraucherpreise	2,3	2,1	1,5	1,4
Einkommensverteilung				
Arbeitnehmerentgelte	4,5	3,7	3,1	2,8
Gewinne ³	1,3	0,1	1,4	3,3
Volkseinkommen	3,4	2,5	2,6	3,0
Nachrichtlich:				
Tarifföhne (Stundenbasis)	1,7	2,6	2,7	2,7
Effektivverdienste (Stundenbasis)	3,3	3,3	3,1	2,9
Lohnsdrift	1,6	0,7	0,4	0,2
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,0	3,3	2,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,3	2,7	2,7	2,6
Entstehung				
Erwerbstätige	1,4	1,1	0,6	0,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,0	-0,6	-0,6	-0,1
Arbeitsvolumen	1,4	0,4	0,0	0,0
Produktivität (je Stunde)	1,6	0,2	0,4	0,8
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,0	0,7	0,3	0,8
Nachrichtlich:				
Erwerbslose ⁴ , in 1000	2 502	2 316	2 306	2 362
Erwerbslosenquote, in %	5,7	5,3	5,2	5,3
Arbeitslose ⁵ , in 1000	2 976	2 897	2 956	3 019
Arbeitslosenquote ⁶ , in %	7,1	6,8	6,9	7,0
Lohnstückkosten	1,2	2,8	2,6	1,9
Budgetsaldo, in % des BIP	-0,8	0,1	-0,3	-0,2

¹ Preisbereinigt.
² Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
³ Unternehmens- und Vermögenseinkommen.
⁴ In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).
⁵ in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.
⁶ In % der zivilen Erwerbspersonen.

Quellen: Deutsche Bundesbank; DESTATIS; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK, ab 2013 Prognose des IMK.

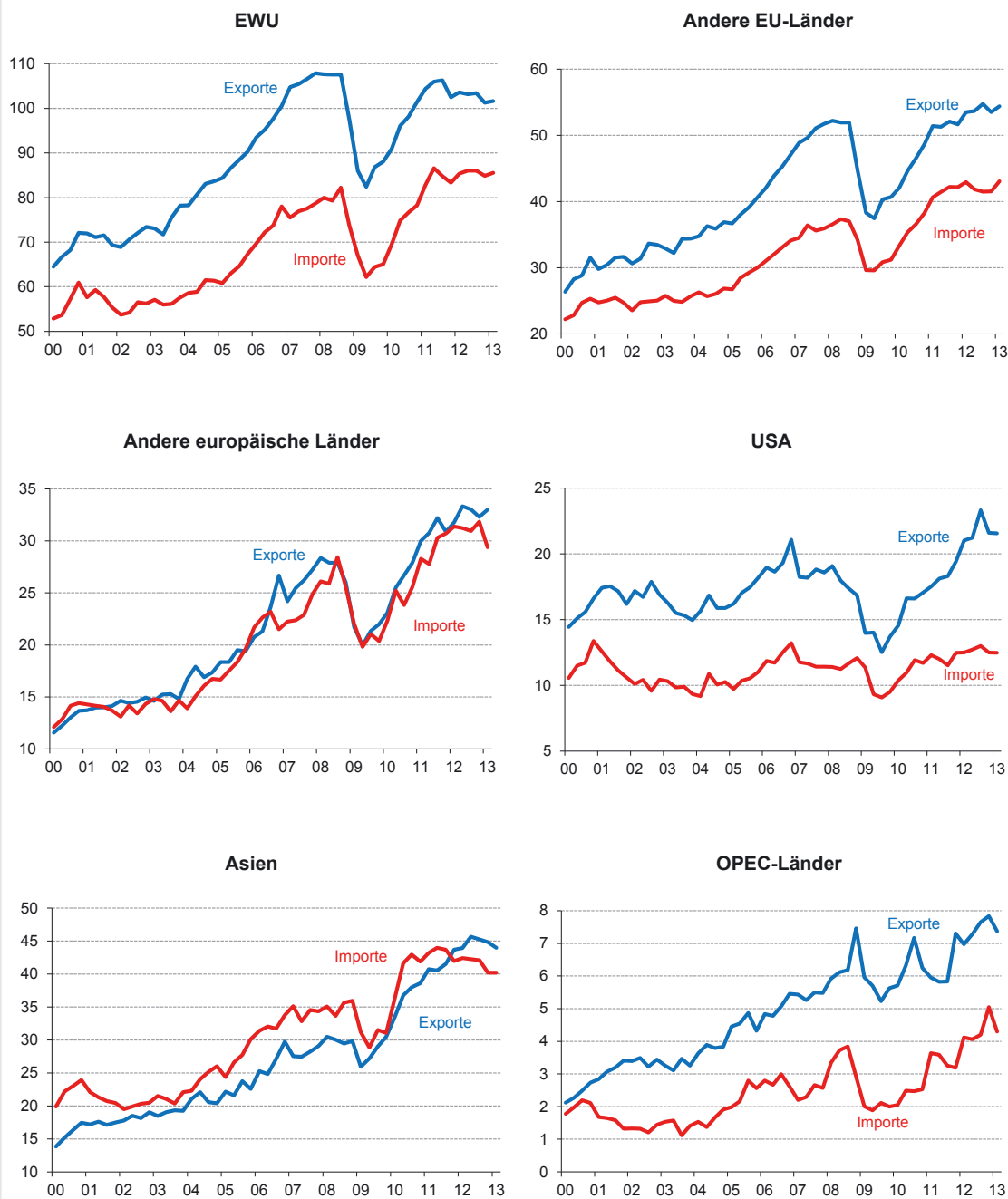
eine herausragende Bedeutung haben.

Die Konjunktur in den Schwellenländern dürfte wieder an Fahrt gewinnen, zumal in einigen Ländern expansive Maßnahmen seitens der Geld- und Fiskalpolitik eingeleitet wurden. Auch die Nachfra-

Außenhandel Deutschlands nach Regionen

Spezialhandel, saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro

1. Quartal 2000 - 1. Quartal 2013



Quellen: Deutsche Bundesbank; DESTATIS; Berechnungen des IMK.



ge aus den Vereinigten Staaten dürfte beschleunigt zunehmen. Von der Nachfrage der europäischen Handelspartner wird angesichts der fortgeführten – wenn auch abgeschwächten – Konsolidierungsmaßnahmen vorerst kein nennenswerter expansiver Impuls für die deutschen Exporte ausgehen.

Erst im Verlauf des nächsten Jahres dürfte es zu einer leichten Besserung kommen. Keine Unterstützung erfahren die Ausfuhren seitens der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure, die nahezu unverändert bleibt. Die Exporte werden in diesem Jahr um durchschnittlich 1,5 % sinken, im Verlauf stagnieren. Im kommenden Jahr beträgt der Anstieg durchschnittlich 2,8 %, im Verlauf 2,6 %.

Die Importe sanken in den ersten Monaten 2013 mit 2,1 % noch etwas stärker als die Exporte. Vor allem der rückläufige Bezug von Investitionsgütern infolge der anhaltend kraftlosen Investitionstätigkeit war maßgeblich für den Rückgang. Im Verlauf des Prognosezeitraums werden die Einfuhren, einhergehend mit der günstigeren Inlandsnachfrage und der etwas zunehmenden Exporttätigkeit, wieder verstärkt zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2013 sinken die Einfuhren um 1,3 %, im Jahr 2014 steigen sie um 4,6 %.

Insgesamt dämpft der Außenhandel in diesem Jahr mit -0,2 Prozentpunkten das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts; 2014 wird der Effekt mit -0,6 Prozentpunkten noch deutlich stärker ausfallen (Abbildung 1, Tabellen 4 und 5).

Die Einfuhrpreise sind im ersten Quartal dieses Jahres spürbar gesunken, insbesondere infolge merklich sinkender Energie- und Rohstoffpreise. Gegenüber dem Abschlussquartal 2012 sank der Importdeflator um 0,5 %, zum Vorjahresquartal um 0,9 %. Für den Prognosezeitraum werden ein leicht steigender Rohölpreis und ein nahezu konstanter Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,30 angenommen (Tabelle 2). Die Importpreise werden im Verlauf des Jahres 2013 infolge des nachlassenden Preisauftriebs bei den Energie- und Rohstoffpreisen allenfalls geringfügig steigen. Im Jahresdurchschnitt sinken die Importpreise um 0,3 %. Im nächsten Jahr nehmen sie dann mit 0,5 % nur moderat zu. Die Ausfuhrpreise blieben im ersten Quartal nahezu konstant. Der Deflator der Exporte nahm zum Vorquartal um 0,1 % ab, zum Vorjahresquartal stieg er um 0,2 %. Der Anstieg der Exportpreise dürfte im Prognosezeitraum aufgrund der nur moderaten Zunahme der Auslandsnachfrage gering bleiben. Die Terms of Trade werden sich in beiden Jahren etwas verbessern (2013: 0,6 %; 2014: 0,3 %).

Nur zögerliche Ausweitung der Investitionstätigkeit

Die Ausrüstungsinvestitionen waren auch in den ersten Monaten 2013 – nunmehr das sechste Quartal in Folge – abwärtsgerichtet (saisonbereinigt um 0,6 %), wenngleich mit vermindertem Tempo. Seit dem Beginn des Abwärtstrends im vierten Quartal 2011 beträgt der Rückgang 9 %. Offensichtlich empfinden die Unternehmen die Absatzchancen als unzureichend, um die Produktionskapazitäten zu erweitern.

Für den Prognosezeitraum ist zwar mit einer Fortsetzung dieses Abwärtstrends nicht zu rechnen, aber eine durchgreifende Erholung zeichnet sich ebenfalls nicht ab. Die sich in der Tendenz bessern- de Auftragslage, aber auch die sich seit einigen Monaten etwas aufhellenden Geschäftserwartungen der Investitionsgüterproduzenten, dürfte die Produktion von Investitionsgütern positiv beeinflussen. Auch sind die Bedingungen für Fremdfinanzierungen weiterhin sehr günstig und auch die Spielräume bei der Innenfinanzierung sind bei vielen Unternehmen ausreichend. Bei weiterhin unterdurchschnittlicher Kapazitätsauslastung dürfte das Erweiterungsmotiv vorerst allenfalls eine untergeordnete Rolle spielen, lediglich das Ersatz- und das Rationalisierungsmotiv stabilisieren die Entwicklung.

Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf dieses Jahres um 2,1 % zunehmen, im Jahresdurchschnitt allerdings um 2,7 % sinken.


TABELLE 5

Wachstumsbeiträge der Verwendungsaggregate¹ in Deutschland
in Prozentpunkten

	2011	2012	2013	2014
Bruttoinlandsprodukt ²	3,0	0,7	0,3	0,8
Inlandsnachfrage	2,4	-0,3	0,5	1,4
Konsumausgaben	1,2	0,7	0,8	1,0
Private Haushalte	1,0	0,4	0,6	0,8
Staat	0,2	0,2	0,2	0,2
Anlageinvestitionen	1,1	-0,5	-0,3	0,4
Ausrüstungen	0,5	-0,3	-0,2	0,2
Bauten	0,6	-0,2	-0,1	0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung	0,2	-0,4	0,0	0,0
Außenbeitrag	0,6	0,9	-0,2	-0,6
Ausfuhr	3,7	1,9	-0,8	1,4
Einfuhr	-3,1	-1,0	0,6	-2,0

¹ Berechnet aus verketteten Volumenangaben; Lundberg-Komponente; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
² in %

Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK, ab 2013 Prognose des IMK.



Im Jahr 2014 werden sie um 3 % steigen, im Verlauf um 2,6 %.

Die Bauinvestitionen sind zu Beginn dieses Jahres aufgrund eines ungewöhnlich starken und lang anhaltenden Winters saisonbereinigt um 2,1 % gesunken. Viele Baumaßnahmen mussten unterbrochen beziehungsweise zurückgestellt werden. Diese dürften während des Sommerhalbjahres nun nachgeholt werden. Die Zunahme der Baugenehmigungen und die deutlich steigenden Auftragseingänge sowie der hohe Auftragsbestand im Wohnungsbau deuten auf eine spürbare Zunahme im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums hin. Außerdem wirken die zunehmenden real verfügbaren Einkommen sowie der weiterhin robuste Arbeitsmarkt stimulierend auf die Wohnungsbauinvestitionen. Das relativ niedrige Zinsniveau für Hypotheken wirkt in die gleiche Richtung.

Beim Wirtschaftsbau deutet sich hingegen infolge der nur schwachen Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen keine nennenswerte Bewegung an. Die öffentlichen Bauinvestitionen sind im ersten Quartal dieses Jahres kräftig um mehr als ein Fünftel eingebrochen. Dies betraf witterungsbedingt insbesondere den Tiefbau. Auch hier dürfte es zu einem Nachholeffekt kommen.

Nachdem die öffentlichen Bauinvestitionen im vergangenen Jahr im Zuge des Auslaufens der Konjunkturpakete um 10,7 % zurückgingen, kommt es in diesem Jahr wieder zu einer deutlichen Ausweitung, die vor allem aus der Beseitigung der Hochwasserschäden resultiert. Für entsprechende Maßnahmen werden 8 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, die in diesem und im kommenden Jahr ausgabewirksam werden.

Insgesamt beträgt die Zunahme der Bauinvestitionen im Verlauf von 2013 1 %; im Jahresdurchschnitt kommt es zu einem Rückgang um 1 %. Im kommenden Jahr steigen sie im Verlauf um 1,4 %; im Durchschnitt um 2,2 % (Abbildung 1, Tabelle 4).

Private Konsumausgaben: Stütze der Konjunktur

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte nahmen im ersten Quartal dieses Jahres um saisonbereinigt 0,8 % zu. Maßgeblich hierfür war das gestiegene verfügbare Einkommen. Während dabei die Gewinnentnahmen geringfügig sanken, nahmen die Bruttolöhne und -gehälter infolge spürbar gesteigener Tariflöhne deutlich zu. Aufgrund der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Senkung der Sozialversicherungsbeiträge stiegen die Nettolöhne noch etwas stärker. Die Sparquote ist erneut gesunken.

Im Jahr 2013 insgesamt werden die Bruttolöhne und -gehälter um 3,3 % steigen. Infolge der abgesenkten Beitragssätze der Sozialversicherungen und der leichten Erhöhung des Grundfreibetrags fällt die Zunahme der Nettolöhne mit 3,4 % sogar geringfügig höher aus. Die monetären Sozialleistungen dürften etwas steigen, da steigende Arbeitslosenzahlen höhere Leistungen für das Arbeitslosengeld zur Folge haben. Ebenfalls steigen die gesetzlichen Rentenbezüge um rund 1 %, wobei die Steigerung in regionaler Hinsicht Ost/West stark divergiert. Die Entnahmen aus Gewinn- und Vermögenseinkommen dürften mit 1,8 % fast in der gleichen Größenordnung zunehmen wie im Vorjahr.

Alles in allem steigen die nominalen verfügbaren Einkommen 2013 um 2,3 %; unter Berücksichtigung der Teuerung um 1,0 %. Die Sparquote wird geringfügig sinken. Die realen privaten Konsumausgaben werden 2013 im Jahresdurchschnitt um 1,1 % zunehmen, im Verlauf sogar um 2,0 %.

Im nächsten Jahr werden sich die privaten Konsumausgaben ähnlich entwickeln. Die Bruttolöhne und -gehälter steigen um 2,9 %; die Nettolöhne gleichermaßen. Die monetären Sozialleistungen nehmen moderat zu. Dabei dürften die gesetzlichen Rentenbezüge infolge der Lohnentwicklung dieses Jahres etwas stärker anziehen. Die Leistungen für das Arbeitslosengeld werden aufgrund leicht steigender Arbeitslosenzahlen etwas zunehmen. Nachdem die Gewinnentnahmen in den vorangegangenen zwei Jahren nur verhalten gestiegen sind, werden sie im Jahr 2014 etwas deutlicher expandieren.

Insgesamt werden die nominal verfügbaren Einkommen um 2,5 % steigen, real um 1,2 %. Bei abermals leicht sinkender Sparquote werden die privaten Konsumausgaben im Jahresdurchschnitt, wie im Verlauf um 1,3 % zunehmen (Abbildung 1, Tabelle 4).

Schwacher Preisauftrieb

Die Verbraucherpreise in Deutschland lagen im Mai 2013 um 1,5 % über dem Vorjahresniveau, was auch der durchschnittlichen Inflationsrate in den ersten fünf Monaten des Jahres entspricht. Die Inflationsrate liegt dabei immer noch etwas über der Kernrate – gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak –, die zuletzt 1,1 % betrug. Die Differenz wird nun nicht mehr von den Energiepreisen bestimmt, sondern primär von den Preisen für Nahrungsmittel. Letztere nahmen seit Jahresbeginn um durchschnittlich 4,2 % zu und zuletzt um 5,4 %, womit sie maßgeblich zu dem deutlichen Anstieg der Preise für Verbrauchsgüter von 2,5 % beitrugen. Demgegenüber wurden Waren mittlerer Lebensdauer nur

um 1,5 % teurer und langlebige Verbrauchsgüter wurden sogar um 0,5 % billiger. Da die Preise von Gütern des täglichen Bedarfs somit stärker anzogen, dürfte die von den Verbrauchern wahrgenommene Teuerung die tatsächliche Inflationsrate weiterhin übersteigen, wenn auch nicht mehr so stark wie in den vergangenen zwei Jahren.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Inflation nur noch minimal zurückgehen, sie liegt allerdings bereits jetzt deutlich unter dem Inflationsziel der EZB in Höhe von 1,9 %. Die Lohnstückkosten, die die Produktionskosten der Unternehmen maßgeblich mitbestimmen, werden nach einem Anstieg um 2,6 % in diesem Jahr im kommenden Jahr nur um 1,9 % zunehmen und die Überwälzungsspielräume der Unternehmen dürften angesichts der weiterhin verhaltenen Konjunkturentwicklung begrenzt sein.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird in diesem Jahr 1,5 % betragen. Im kommenden Jahr wird die Inflationsrate in Deutschland, die seit Beginn der Währungsunion mit Ausnahme des Jahres 2007 stets unter dem Durchschnitt des Euroraums lag, mit 1,4 % jene des Euroraums (1,1 %) übersteigen.

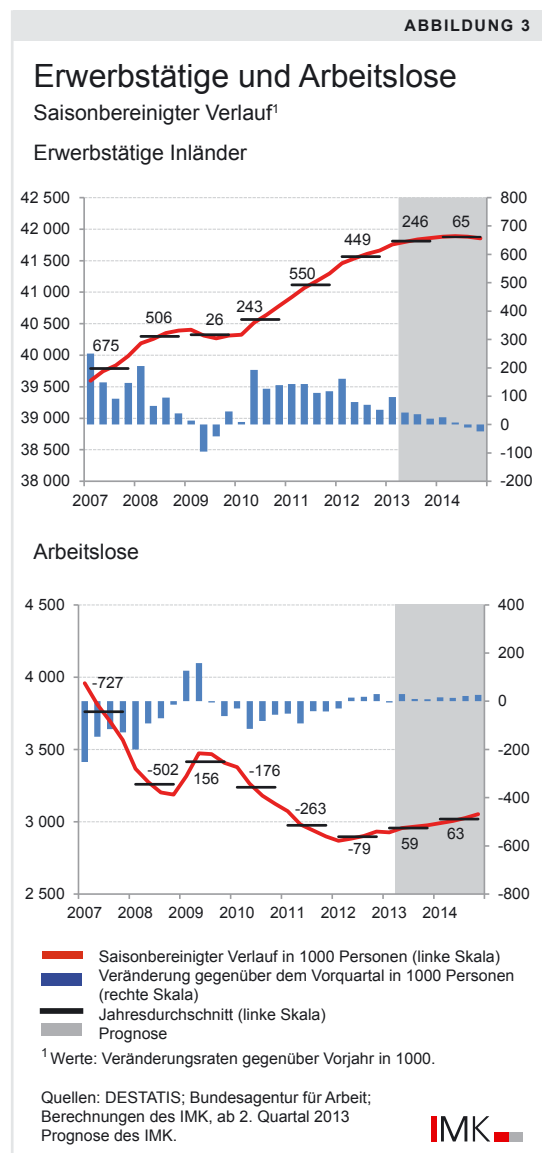
Eurokrise belastet deutschen Arbeitsmarkt

Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelte sich zum Jahresanfang 2013 in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld und nicht zuletzt aufgrund eines verspäteten Wintereinbruchs sehr uneinheitlich, präsentierte sich jedoch insgesamt nach wie vor robust. Die Zahl der Erwerbstätigen hat in den ersten vier Monaten 2013 saisonbereinigt um rund 90 000 Personen zugenommen; im April gab es 41,83 Millionen Erwerbstätige in Deutschland. Allerdings sind die Abstände zum entsprechenden Vorjahreswert seit Anfang 2012 in der Tendenz deutlich rückläufig, was die nachlassende Dynamik des Beschäftigungsaufbaus widerspiegelt.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist dagegen seit Jahresbeginn 2013 weiter angestiegen; insgesamt gab es bis Mai 2013 eine saisonbereinigte Zunahme um 28 000 Personen. Damit ist nun seit dem vergangenen Frühjahr in der Tendenz eine Zunahme der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in Deutschland zu beobachten. Im Mai 2013 waren laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit 2,94 Millionen Personen registriert arbeitslos, das waren 80 000 mehr als noch vor einem Jahr. Teilweise war der bisherige Anstieg der Arbeitslosigkeit durch die Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen überzeichnet, die hinsichtlich der Arbeitslosenstatistik entlastend wirkten. Seit einigen Monaten ist dies aber nicht mehr der Fall.

Die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) tendierte im letzten Dreivierteljahr seitwärts und lag mit 3,9 Millionen Personen im Mai um 5 000 Personen unterhalb des vergleichbaren Vorjahreswertes. Im Zusammenspiel mit der weiterhin zunehmenden Erwerbsbeteiligung und der Zunahme des Arbeitsangebots durch Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland erklärt dies, warum Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sich seit einiger Zeit nicht im Gleichklang entwickeln. Es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklungen sich im Prognosezeitraum fortsetzen werden.

Die schwache konjunkturelle Entwicklung im Prognosezeitraum wird sich, wenn auch in verhaltener Form, in der weiteren Entwicklung am Arbeitsmarkt niederschlagen. Die schwächere Arbeitsnachfrage der Unternehmen führt dazu, dass zwar zunächst die Beschäftigung durchaus noch weiter zunehmen wird – wenn auch die saisonbereinigten Zuwachsraten zunehmend niedriger ausfallen werden. Gleichzeitig ist jedoch davon aus-



zugehen, dass sich der schon seit einiger Zeit zu beobachtende Trend bei der registrierten Arbeitslosigkeit fortsetzen und die Arbeitslosenzahl entsprechend zunehmen wird. Ursächlich hierfür ist aktuell nicht, dass mehr Menschen entlassen werden, sondern dass es – wie schon im vergangenen Jahr – aufgrund der schwächeren Arbeitsnachfrage und bei gleichzeitig weiterhin zunehmendem Arbeitsangebot deutlich schwerer sein wird, die Arbeitslosigkeit wieder zu verlassen.

Für den weiteren Verlauf ist davon auszugehen, dass die zunächst noch positive Beschäftigungsdynamik zunehmend schwächer werden und dann zum Erliegen kommen und im Verlauf 2014 in ihr Gegenteil umschlagen wird. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird über den gesamten Prognosezeitraum leicht nach oben gerichtet sein. Insgesamt dürfte die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2013 um 59 000 Personen auf knapp drei Millionen registrierte Arbeitslose ansteigen. Im Jahr 2014 wird die Zahl der Arbeitslosen abermals in nahezu gleicher Größenordnung zunehmen und dann im Jahresdurchschnitt etwas über der Marke von drei Millionen liegen; die Arbeitslosenquote wird dann auf 7,0 % steigen, nach 6,9 % im Jahr 2013 (Abbildung 3).

Die Erwerbstätigkeit wird im laufenden Jahr im Inland nochmals insgesamt um mehr als 240 000 Personen auf 41,86 Millionen Erwerbstätige zunehmen. Im Jahr 2014 wird dann zwar im Jahresdurchschnitt noch ein Anstieg um fast 70 000 Personen auf etwas mehr als 41,9 Millionen Erwerbstätige zu verzeichnen sein, was aber allein dem positiven Überhang aus dem Jahr 2013 geschuldet sein wird.

Das Arbeitsvolumen wird in den Jahren 2013 und 2014 stagnieren, da in den Betrieben aber-

mals mittels der zur Verfügung stehenden Instrumente der internen Flexibilität wie beispielsweise Arbeitszeitkonten und Abbau von Überstunden auf die schwache Nachfrageentwicklung reagiert und so versucht wird, die politisch verursachte wirtschaftliche Stagnationsphase zu überbrücken. Die Arbeitszeit pro Kopf wird entsprechend in beiden Jahren zurückgehen (Abbildung 4).

Öffentliche Haushalte wieder im Defizit

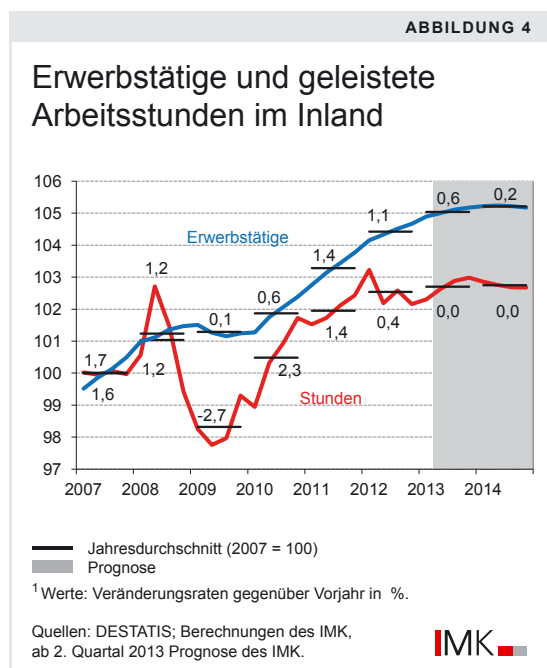
Mit diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Umfang von einem knappen halben Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts ist die Finanzpolitik in diesem Jahr wieder leicht expansiv ausgerichtet. Auf der Einnahmenseite schlagen die kräftige Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 19,6 % auf 18,9 % und die erste Stufe der Anhebung des Grundfreibetrags (von 8004 Euro auf 8130 Euro) zu Buche. Die Ausgaben werden infolge der zugesagten Mittel von 8 Milliarden Euro zur Beseitigung der Hochwasserschäden in diesem und im kommenden Jahr zusätzlich ausgeweitet. Im Jahr 2014 wird die expansive Wirkung einer weiteren Anhebung des Grundfreibetrags auf 8354 Euro durch andere Maßnahmen insbesondere auf der Ausgabenseite überkompensiert. Insgesamt ist die Finanzpolitik dann annähernd neutral ausgerichtet.

Angesichts der schwachen konjunkturellen Entwicklung in diesem Jahr steigen die Steuereinnahmen im Prognosezeitraum deutlich langsamer als noch im vergangenen Jahr. Zusammen mit den diskretionären Maßnahmen führt dies dazu, dass die öffentlichen Haushalte insgesamt nach einem geringfügigen Überschuss von 0,1 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2012 in diesem Jahr einen negativen Finanzierungssaldo von 0,3 % der Wirtschaftsleistung aufweisen werden. Im kommenden Jahr dürfte das Defizit wegen der weiterhin nur schwachen gesamtwirtschaftlichen Expansion nur leicht auf 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts sinken.

Wirtschaftspolitische Herausforderungen

Die Krise im Euroraum schwelt weiter. Seit September 2012, als die Europäische Zentralbank ankündigte, gegebenenfalls unbegrenzt Staatspapiere von Krisenländern zu kaufen (OMT)¹, ist eine gespannte Ruhe an den Finanzmärkten eingekehrt – selbst die Zuspitzung der Krise in Zypern hatte keine nennenswerten Auswirkungen auf das Kapi-

¹ Als Outright Monetary Transactions (OMT) werden endgültige Käufe und Verkäufe von Staatsanleihen durch die Zentralbanken des Eurosystems bezeichnet.



talmarktzniveau in den anderen Krisenstaaten. Das Gefälle bei den kurz- und langfristigen Zinsen zwischen Deutschland und den Krisenstaaten hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Der Transmissionsmechanismus der Geldpolitik ist weiterhin gestört, so dass die expansiven Impulse der Geldpolitik nicht in ausreichendem Maße bei den Krisenstaaten ankommen. Zudem verschärfen die Banken in den Krisenländern weiterhin die Vergabebedingungen für Unternehmenskredite – nahezu ununterbrochen seit dem 3. Quartal 2007. Während die Unternehmenskredite in Deutschland ausgeweitet werden, schrumpfen sie im Euroraum insgesamt seit Juni 2012, zuletzt mit einer Jahresrate von 3 % (April 2013).

Der Euroraum insgesamt befindet sich weiter in der Rezession und auch wenn in dieser Prognose eine wirtschaftliche Stabilisierung erwartet wird, so ist es doch eine Stabilisierung auf Krisenniveau: Die Impulse aus der Weltwirtschaft und die etwas weniger restriktive Fiskalpolitik kompensieren gerade die sich inhärent selbstverstärkenden Momente des Produktionsrückgangs und der steigenden Arbeitslosigkeit. Letztere erreichte im April mit 19,4 Millionen Arbeitslosen im Euroraum ihren bisherigen Höchststand, wobei sich hinter der Arbeitslosenquote in Höhe von 12,2 % insgesamt eine Arbeitslosenquote von 12 % in Italien, 13,5 % in Irland, 15,6 % in Zypern, 17,8 % in Portugal und 26,8 % in Spanien verbirgt.

Die hohen Produktionslücken – 10,6 % in Griechenland, 5,4 % in Spanien, 5,1 % in Portugal und 4,5 % in Italien nach Berechnungen des Internatio-

nenen Währungsfonds – verbunden mit der hohen Arbeitslosigkeit, bergen immensen politischen und sozialen Sprengstoff. Die wirtschaftliche Lage ist fragil. In diesem Umfeld wäre eine expansivere deutsche Fiskalpolitik von Vorteil. Eine kräftigere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland käme nicht nur der hiesigen Bevölkerung zugute, sondern lieferte über den Außenhandel auch Impulse für die Krisenländer und könnte einen Beitrag zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte im Euroraum leisten. Allein würde dies allerdings nicht ausreichen, um den Euroraum in die Richtung auf einen der potenziellen Wirtschaftskraft entsprechenden nachhaltigen Wachstumspfad zu lenken.

Entscheidend ist es, den durch die Ankündigung der OMT notdürftig geflickten geldpolitischen Transmissionsmechanismus gründlich zu reparieren: Die hohen Risikoprämien in den Krisenländern sind zu einem wesentlichen Teil auf Währungsrisiken und die Gefahr eines Schuldenschnitts zurückzuführen. Beides sind Fremdkörper in einer Währungsunion zwischen entwickelten Volkswirtschaften und erhöhen nicht nur die Finanzierungskosten sondern auch die Unsicherheit, unter der unternehmerische Entscheidungen gefällt werden.

Einfache Lösungen gibt es nicht, aber die Einrichtung einer Art Schuldentilgungsfonds, mit der die Euroländer die Staatsschulden gemeinschaftlich garantieren, aber in eigener Verantwortung bedienen, dürfte die höchste Aussicht auf Erfolg haben und zu der geringsten Belastung der Steuerzahler führen, da die Krisenländer sodann in die Lage versetzt würden, ihre Schulden auch tatsächlich zu bedienen.

Abgeschlossen am 26. Juni 2013

Impressum

Herausgeber:

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
in der Hans-Böckler-Stiftung,
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266
IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Gustav Horn

Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.